

- III -



**Anfrage der AfD-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Fragesteller: Stadtverordneter Michael Werl; Vorlage-Nr.: 101.18.1744

**Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure**

„Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Arbeitnehmer hat die KVG aktuell und wie viele davon sind derzeit im Bereich der Fahrscheinkontrolle tätig?
2. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitnehmer im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie viele Eigenkündigungen gab es im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
4. Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei der Eigenkündigung genannt? Falls ja, welche?
5. Wie viele körperliche Angriffe auf KVG-Kontrolleure gab es pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
6. Wie viele Angriffe (körperlicher wie verbaler Art) gab es insgesamt pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
7. Hat die KVG Probleme beim Finden von Arbeitnehmern im Bereich der Fahrscheinkontrolle?
8. Gab es seitens von Arbeitnehmern der KVG im Bereich der Fahrscheinkontrolle Anträge auf Versetzung in einen anderen Tätigkeitsbereich?
9. Falls ja, wie viele waren dies in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
10. Falls Frage Nr. 8 bejaht werden würde: Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihren Anträgen auf Versetzung genannt? Falls ja, welche?
11. Im HNA-Artikel vom 08. Juni 2017 mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ wird erwähnt, dass Angriffe gegen Fahrschein-Kontrolleure nicht kategorisiert werden: Warum werden diese Angriffe nicht kategorisiert?
12. Kann der Magistrat einen positiven Effekt auf das Verhalten der Kunden der KVG seit Beginn der Kampagne „Solidarität mit Einsatzkräften – mit Menschlichkeit und Respekt“ feststellen?“

Stellungnahme:

Die KVG nimmt zur Anfrage wie folgt Stellung:

„Die KVG hat rund 780 Beschäftigte (Stand 12/2019) von denen z.Zt. 16 im Bereich der Fahrausweisprüfung (überwiegend in Straßenbahnen) tätig sind; durch den generellen Vordereinstieg bei Bussen werden hier Fahrausweise ergänzend auch durch Fahrpersonale regelmäßig geprüft.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Aufwand für die Durchführung von Fahrausweisprüfungen nicht grundlegend verändert. Der Empfehlung des ÖPNV-Branchenverbands VDV folgend, wurde und wird durch die KVG angestrebt, für einen Anteil von etwa 1,5% aller Fahrgäste das Vorhandensein eines gültigen Fahrausweises zu prüfen.

Bei heute gut 46 Mio. Fahrgästen pro Jahr bedeutet das eine Fahrausweisprüfung von 750-800 Tsd. Personen, was in der Regel in den letzten 10 Jahren erreicht wurde.

Trotz der auch psychisch anspruchsvollen Tätigkeit gab es bisher keine auffälligen Abweichungen bezüglich Fluktuation bei Prüfpersonalen gegenüber Beschäftigten mit anderen Tätigkeitsmerkmalen.

Soweit überhaupt KVG-intern bekannt, sind - mit wenigen Ausnahmen - Wechsel in andere Tätigkeitsbereiche (z. B. Fahrdienst) oder Arbeitgeberwechsel durch persönliche individuelle Motive (z. B. Wohnortwechsel oder berufliche Entwicklung) erfolgt.

Eine Zunahme körperlicher Angriffe gegenüber Beschäftigten in der Fahrausweisprüfung kann für die vergangenen zehn Jahre nicht festgestellt werden, die Häufigkeit liegt auf einem überschaubaren Niveau und weist keine auffälligen Abweichungen von branchenüblichen Kennwerten vergleichbarer Städte auf.

Dass die Zahl verbaler Anfeindungen im Vergleich dazu um ein Vielfaches höher liegt, ist sehr bedauerlich und gehört leider zu den unschönen Seiten dieser beruflichen Tätigkeit.

Auch deshalb werden Beschäftigte in diesem Tätigkeitsbereich durch die KVG mit regelmäßigen Deeskalationstrainings und -übungen für einen professionellen Umgang mit schwierigen Situationen geschult und unterstützt.“

Der Magistrat geht davon aus, dass die entsprechende Gestaltung der KVG-Straßenbahn einen positiven -jedoch nicht messbaren Effekt- auf das Verhalten der Fahrgäste und Passanten hat.

In Vertretung



Uwe Bischoff